

V. Wilfried Heidt

**Thesen zur
Grundorientierung
einer Politik
des demokratischen
Sozialismus**

Die Thesen zur Grundorientierung einer Politik des Demokratischen Sozialismus sind ein Arbeitsergebnis des »Forums Brücke West-Ost« aus der ersten Hälfte des Jahres 1982. Die zeitgeschichtlichen Bezüge sind beibehalten. Es waren die Monate, in denen der zivilgesellschaftliche Widerstand gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen auf dem Staatsgebiet der BRD unter Kontrolle der USA seinem Höhepunkt zustrebte. Es war dies auch die Zeit, in der von *Rudolf Bahro* nach seiner Übersiedelung in die Bundesrepublik seit 1978 die Diskussion über die Frage der Gründung einer Partei des demokratischen Sozialismus entfacht wurde. *Mannfred Coppel*, ein militanter Gegner der Stationierungspolitik und seit 1972 für die SPD im Deutschen Bundestag, gründete schließlich 1982 die Partei »Demokratische Sozialisten«, die sich 1983 auch an der Bundestagswahl beteiligte, aber keine Chance hatte, 5% der Stimmen zu erreichen. Die Thesen waren als Beitrag zu dieser Diskussion gedacht und standen im Hinblick auf die damit vorgestellte Alternative in Übereinstimmung mit der Grundposition, die wir in den Zusammenhang der Entwicklung des Programms der GRÜNEN in deren ersten Jahren eingebracht hatten.

1. Die Grenzen des Bestehenden und die fällige Wende

Eine konsequente Politik des Demokratischen Sozialismus geht von der Einsicht aus, dass *eine grundlegende Neuorientierung* der gesamtgesellschaftlichen - d.h. der wirtschaftlich-staatlich-kulturellen - Lebensprozesse notwendig ist.

Der historisch längst fällige Wandel darf nicht länger blockiert oder verzögert werden, wenn wir auf die gestellten Überlebensfragen noch rechtzeitig die geforderten Antworten geben und die mannigfachen Bedrohungen der menschlichen Zukunft abwenden und überwinden wollen.

Die Politik der BRD ist für die gegenwärtige Gesamtkrise der Menschheit insofern mitverantwortlich, als auch sie - wie alle herrschende Politik im Westen wie im Osten - keine Rechtsordnungen geschaffen hat, aus denen heraus eine gesunde, sozial gerechte, freie und demokratische, friedfertige, solidarische und naturgemäße Lebenspraxis sich hätte entwickeln können.

Im Gegenteil: Schon das »Grundgesetz« der BRD stellte die Weichen für eine Politik der systematischen Naturzerstörung, der wirtschaftlichen Machtkonzentration in der Hand weniger Banken und Konzerne, der Aufrechterhaltung des sozialen Gegensatzes zwischen »Arbeit« und »Kapital«, einer gigantischen Vergeudung durch den anachronistischen Konkurrenzkampf zwischen den Unternehmen, des gesteigerten Kriegsrisikos und der Blockkonfrontation zwischen dem »freien Westen« und dem »kommunistischen Osten«, der Besetzung des Staates durch eine Parteienoligarchie, der Formierung und Manipulation des Bewusstseins der Massen durch die von Partei- und Wirtschaftsinteressen beherrschten Medien und der Indoktrination und geistigen Kanalisierung der Jugend in den staatlichen Erziehungs- und Bildungsanstalten, in Hochschulen und Universitäten.

Kurzum: Die BRD entwickelte sich von Anfang an als *bürgerliche Parteiendemokratie privatkapitalistischen Zuschnitts*. Die zaghaften Ansätze, die in der Verfassung für die Entfaltung einer sozialistischen und plebiszitär-demokratischen Ordnung enthalten sind [Art. 15 und Art. 20], haben bisher konkret keine Rolle gespielt; sie wurden politisch und gesetzgeberisch niemals aufgegriffen.

Warum hat die bundesdeutsche Bevölkerung diese Tendenz bis in die Gegenwart herein hingenommen? Vier Gründe waren dafür wohl ausschlaggebend:

a] Nach dem Totalitarismus der Nazizeit erschien die »freiheitlich-demokratische Grundordnung« [FDGO] der BRD wie die Ankunft im gelobten Land.

b] Das privat-kapitalistische System der sogenannten »Sozialen Marktwirtschaft« brachte einen nie gekannten materiellen »Wohlstand für alle«.

c] »Freie Wahlen« vermittelten den Eindruck wirksamer demokratischer Souveränität des Volkes.

d] Der andere deutsche Staat, die DDR, lieferte das täglich erfahrbare abschreckende Beispiel einer »sozialistischen« Alternative.

Unter diesen Voraussetzungen konnte für eine Politik und Organisation der Kräfte des Demokratischen Sozialismus in der BRD kein Boden entstehen. Diese Lage hat sich inzwischen aus zweierlei Gründen geändert:

1. Seit Ende der sechziger, verstärkt in den siebziger Jahren wurden auf zahlreichen Gebieten die Schattenseiten und langfristigen Folgen der herrschenden gesellschaftlichen Entwicklung offenbar. Heute stehen wir unwiderruflich an den »Grenzen des Wachstums«, und damit fällt für das herrschende System jenes Prinzip aus, durch welches es steht oder fällt: die jährliche Steigerung des Sozialproduktes. Damit werden aber neben den *ökologischen Grenzen* auch immer mehr die sozialen [sprunghaft steigende Arbeitslosigkeit] und die *ökonomischen Grenzen* der Finanzierbarkeit [des Sozialstaats, des Kulturbereichs, notwendiger Innovationen usw.] offenbar - bei gleichzeitig höheren Rüstungsausgaben und uneingeschränktem bürokratischem Apparat.

2. Parallel zum Auftreten dieser objektiven Widersprüche hat sich in der Bevölkerung in wachsendem Maße kritisches Bewusstsein gebildet und schließlich manifestiert im Aufbau einer vielgestaltigen alternativen Bewegung, einer Art »zweiten Gesellschaft«, die sich mittlerweile durch klare Konturen abhebt von den Konventionen, der Routine und den Phrasen der Systemkonformität. Diese Bewegung, die sich wendet gegen verkrustete Strukturen in Schulen und Universitäten, gegen naturvernichtende technologische Großprojekte, für Frieden und Abrüstung, für die reale Gleichberechtigung der Frauen, für Dezentralität und Regionalisierung in Staat und Wirtschaft, für Basisdemokratie usw. hat weiten Kreisen unserer Bevölkerung erstmals die Augen geöffnet für die *Grenzen der Parteiendemokratie* hierzulande, d.h. für die Grenzen der realen Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürger bei Schicksalsfragen ihres Lebens.

Aus dieser Entwicklung ist für Demokratische Sozialisten eine neue Herausforderung entstanden, durch die Konzentration ihrer Kräfte auf die Ziele einer neuen Politik und die Schaffung eines organisatorischen Rahmens für die Durchsetzung dieser Ziele sich für die notwendige Wende in unserem Lande einzusetzen und dabei international mit all jenen Strömungen zusammenzuarbeiten, die in gleicher Richtung wirken.

2. Die Ziele des Demokratischen Sozialismus

Ein Demokratischer Sozialismus auf der Höhe der Zeit setzt sich nicht mehr für traditionelle Klasseninteressen ein. Seine Politik verfolgt das Ziel, so unmittelbar und so schnell wie möglich allen Menschen die Wahrnehmung gleicher Rechte zu garantieren, damit sie

- *in den Arbeitsstätten des Wirtschaftslebens* als Gleichberechtigte ihre Initiativen frei entfalten und selbstverantwortlich *solidarisch zusammenarbeiten* können für die Ziele des Bedarfs der Gemeinschaft,
- *auf allen Ebenen des öffentlichen Lebens* [staatlicher Bereich] - von der Kommune und Region bis zum Land und Bund - insbesondere grundsätzliche Fragen durch demokratische Abstimmungen *direkt entscheiden* [dreistufige Volksgesetzgebung] und auch

- *alle kulturellen Zusammenhänge* autonom von staatlichen und wirtschaftlichen Einflussnahmen *selbstbestimmt gestalten* können [Schulen, Hochschulen, Medien, Theater usw.].

Für eine Politik des Demokratischen Sozialismus folgt daraus, dass alle Rechtsverhältnisse, die heute noch nachweisbar zu Vorrechten gegenüber anderen Mitmenschen führen und aus denen schließlich Abhängigkeiten und Macht von Menschen über Menschen resultieren, entsprechend revidiert werden müssen. Dies gilt insbesondere für den ganzen Bereich der heutigen Wirtschafts-, Sozial- und Geldgesetze, für das Arbeitsrecht, das Schul- und Hochschulrecht und für die Mediengesetze. Keines der brennenden Probleme unserer Zeit kann ernsthaft angegangen und beseitigt werden, wenn an diesen Stellen die notwendigen Veränderungen nicht vorgenommen werden.

2.1. Grundlinien der Wirtschaftsstruktur des Demokratischen Sozialismus

Es ist unbestreitbar, dass aus dem erreichten Niveau der Entwicklung der Produktivkräfte [Wissenschaft/Technik/Infrastruktur/ menschliche Fertigkeit/Organisation usw.] sowohl *ein menschenwürdiges Dasein für alle* (gesunde Nahrung, Kleidung, Wohnung, Bildung, Kultur usw.) verwirklicht als auch den *ökologischen Erfordernissen* entsprochen werden kann. Dies in vollem Umfange herbeizuführen, ist eines der Hauptziele des Demokratischen Sozialismus.

Ein neues Arbeitsrecht hat zu regeln, wieviel Arbeitszeit aufgewendet werden muss zur Deckung des Bedarfs der Gesellschaft. Im Arbeitsleben werden Selbstverwaltungsorgane in engem Zusammenwirken mit der Konsumentenschaft dafür sorgen, dass die Ströme der Arbeitskräfte nachfrageorientiert gelenkt werden können. Für die Einkommensordnung werden Richtlinien - mit der Festlegung von Einkommensober- und -untergrenzen bzw. -Staffelungen - demokratisch beschlossen.

Jeder Mensch soll - unabhängig von seinen Fähigkeiten und seiner Leistung - das *Recht zum Bezug eines Grundeinkommens* haben, das er während seines ganzen Lebens in Anspruch nehmen kann und das ihm ein bescheidenes aber menschenwürdiges Dasein erlaubt. Viele gravierende soziale Probleme könnten allein schon durch diese Maßnahme überwunden werden. [Näheres hierzu z.B. bei *Erich Fromm*, »Haben oder Sein«, Kap. 9 »Wesensmerkmale der neuen Gesellschaft«, *Joseph Huber*, »Die verlorene Unschuld der Ökologie«, S. 176 ff. und *Wilfried Heidt* [Hrsg.], »Abschied vom Wachstumswahn«, S. 50 ff.]

Das Grundrecht auf *privates Eigentum muss auf den Konsumtionsbereich beschränkt werden*; nur dadurch lässt sich die Bildung wirtschaftlicher Macht an der Wurzel ausschalten. Kalkulierte Gewinne [Überschüsse] für bestimmte Produkte sind eine gesamtwirtschaftliche Notwendigkeit zur Finanzierung der Investitionen und Subventionen jener Tätigkeitsgebiete, die ihre Leistungen ohne Preis oder unter den Kosten abgeben [z.B. Schulen, Universitäten, Theater, Naturpflege u. a.]. Eine private Gewinnaneignung ist also ausgeschlossen.

Die Entscheidungen über das wirtschaftlich Notwendige und Wünschenswerte ergeben sich aus dem Zusammenhang von Nachfrage, den Möglichkeiten der Produktion [Fachverstand und Fachkenntnis) und den ökologischen Bedingungen und Folgen des wirtschaftlichen Handelns. Weil alle mittleren und größeren Unternehmen nicht mehr als Privatinstitutionen geführt werden, können bei all ihren Entscheidungen auch keine Privatinteressen mehr zur Geltung kommen. *Fähigkeiten-, nachfrage- und ökologieorientiertes Entscheiden und Handeln* ist daher nur noch abhängig von den sachlichen Einsichten in das jeweils Notwendige.

Fehlentwicklungen mag es trotzdem noch geben, jedoch nicht aus Gründen wirtschaftlicher Machtpositionen, sondern durch Irrtum und eben noch mangelnde Einsichten. Bei allen Unternehmen dieser Art wird die Unternehmensleitung durch die Mitarbeiterschaft demokratisch bevollmächtigt.

Demokratischer Sozialismus bedeutet auch ein *neues Verständnis der Geldordnung*. Innerhalb des Arbeitsfeldes müssen wir zwei Geldprozesse deutlich voneinander unterscheiden und entsprechend verschieden gestalten: einerseits das *Produktionskapital* als das auf die zu erbringenden Leistungen bezogene fortlaufende Kreditieren der Unternehmenstätigkeiten und andererseits das aus dem Verkauf der Konsumwerte hereinkommende *Geld im Rückfluss*, das bestimmt ist für die Ablösung der laufenden Kredite sowie für das Finanzieren der Investitionen und Subventionen. Als Einkommen an die Konsumenten ausgegebenes Geld [*Konsumkapital*] berechtigt zum Kauf der Konsumwerte. Alle übrigen Geldvorgänge - z.B. Besteuern, Versichern, Sparen, Leihen und Schenken, Zahlungsverkehr mit dem Ausland usw. - sind in diesen drei Geldfunktionen [Kreditieren der Leistungen, Konsumkapital, Geld im Rückfluss] enthalten.

Wird diese sozialistische Geldordnung durch ein *neues Geldrecht* legalisiert, sind alle Einfallstore der Macht, soweit sie von der Geldseite bisher bestanden haben, verschlossen und alle monetären Ursachen von Inflation und Arbeitslosigkeit beseitigt. Über die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung wird dann nicht mehr aus der Verfügungsberechtigung über Geld und Kapital entschieden, sondern das Geld wird von den dafür beauftragten Institutionen der Selbstverwaltung [= den gleichermaßen entprivatisierten wie entstaatlichten Banken] in Form eines laufenden Kreditierens bereitgestellt im Umfange der Aufgaben, die sich für die Arbeitskollektive ergeben aus der Nachfrage vonseiten der Verbraucher.

Durch diese Maßnahmen werden im Demokratischen Sozialismus die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass aus dem Arbeitsleben heraus zwischen den Unternehmen der verschiedenen Bereiche, dem Handel und den Konsumenten *Assoziationen* entstehen können, die dann statt eines immer ineffizienten und disproportionalen Marktes und alternativ zu einem immer blinden und dirigistischen zentralen Plan die Produktionsentwicklung und die Geldprozesse ständig mit dem realen Bedarf des Bedarfsfeldes in Einklang bringen können. [Näheres hierzu s. *Wilfried Heidt*, *Die Chance der Befreiung*, 1981, S. 69 ff.; in der Nomenklatur hier: »Demokratischer Sozialismus« = »Dritter Weg«]

2.2. Gesichtspunkte zum Staatsverständnis des Demokratischen Sozialismus

Der traditionelle Sozialismus und vor allem der sog. »real-existierende« in den Ländern unter sowjetischer Hegemonie ist gekennzeichnet durch eine weitgehende - in einigen Fällen sogar totalitäre - Verstaatlichung der Gesellschaft, der Ökonomie, der Kultur, ja weiter Bereiche des Privatlebens der Menschen. Der Demokratische Sozialismus lehnt diesen Etatismus als in hohen Graden freiheitsfeindlich und kollektivistisch ab. Doch stehen die westlichen Demokratien durchaus nicht in einem so positiven Gegensatz zu diesem System, wie es die Ideologie des Antikommunismus propagiert. Denn auch bei uns hat der Staat seine Grenzen, »reiner Rechtsstaat« sein zu sollen, weit überschritten. So sind auch hierzulande weite Bereiche des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens staatlich vereinnahmt, dirigiert und reglementiert.

Zu all diesen Spielarten einer mehr oder weniger ausgedehnten Verstaatlichung der Gesellschaft ist erst der Demokratische Sozialismus die konsequente Alternative, insofern er ausgeht vom Prinzip der Autonomie der Kultur und ihrer Institutionen und einer sich selbst verwaltenden Wirtschaft. Insofern bedeutet Demokratischer Sozialismus konsequentes *Zurückdrängen und Beschränken der staatlichen Funktionen*.

Aufgabe des Staates im Demokratischen Sozialismus ist es, auf den Wegen der direkten und/oder parlamentarischen Demokratie [oder auch neuer Formen von Nachbarschafts- oder Rätedemokratie] und orientiert am Ideal der Gleichheit die Rechtsgrundlagen für die verschiedenen Sphären des sozialen Lebens zu schaffen und zu sichern. Da alle wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben gemäß dem Autonomieprinzip der Selbstverwaltung dieser Bereiche obliegen, hat dies eine ganz entscheidende Reduzierung der staatlichen Bürokratie und des Regierungsaufwandes [mit all seinen kostspieligen alten Zöpfen] zur Folge. Das sozialistische Ideal vom »absterbenden Staat« kann realisiert werden.

3. Die wichtigsten Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele - Wie der Demokratische Sozialismus die Brücke bildet zwischen dem Gegenwärtigen und Zukünftigen

Durchdenkt man den Zusammenhang der skizzierten Neugestaltung der gesellschaftlichen Grundstrukturen, wird man erkennen, dass sie außerordentliche Konsequenzen haben wird. Konsequenzen, welche die Sehnsucht nach einer menschenwürdigen Zukunft für alle endlich erfüllen.

Die gegenwärtige Krise, die viele in so verständlicher Weise mit Angst erfüllt, ist kein unabänderliches Schicksal. Sie musste über kurz oder lang als Folge der Ideologien, der Mechanismen und Praktiken der privatkapitalistisch und/oder staatsbürokratisch verfassten Systems kommen. Wir können diese Krise, deren zwangsläufige Verschärfung nicht nur allen humanen Fortschritt, sondern das Überleben der Menschheit selbst in Frage stellen würde, entdramatisieren und zumindest mittelfristig auch überwinden, wenn wir

uns bald zur grundlegenden Neuorientierung der gesamtgesellschaftlichen Lebensprozesse im Sinne des Demokratischen Sozialismus entschließen.

Der Kernpunkt dieser Wende ist, dass die Menschen sowohl ökonomisch wie politisch wie kulturell ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen können, weil alle strukturellen Ursachen für das Entstehen und Wirken von Macht- und Entscheidungsprivilegien beseitigt sind. An die Stelle der bisher [meist verschleierte] autoritären und hierarchischen Ordnungen, in denen von oben nach unten bestimmt und verordnet wurde, tritt erstens *das kollegiale Beraten* freier und gleichberechtigter Individuen über die gewünschten Ziele des Arbeitslebens, zweitens *das gemeinsame demokratische Vereinbaren bzw. Beschließen der Rechte und Pflichten* eines jeden der Gemeinschaft Zugehörigen und drittens *das solidarische Handeln* aller für die Erfüllung der gestellten Aufgaben im Rahmen der getroffenen Regelungen.

Damit schafft die Politik des Demokratischen Sozialismus eine *wirkliche Gleichberechtigung* zwischen den Menschen, ohne sie auch nur im mindesten gleichzuschalten. Sie legt die Zukunft real in die Hand der Menschen, in die Kraft ihrer Fähigkeiten, ihrer Einsichten, ihrer moralischen Phantasie, kurz: ihrer Reife.

Natürlich wird es weiterhin auch Unvermögen und Irrtum geben. Doch nie zuvor war die Chance so groß, sich ankündigende oder schon laufende Fehlentwicklungen, menschenfeindliche und naturwidrige Verhaltensweisen rechtzeitig zu erkennen und ihnen aus freier Einsicht zu begegnen.

Wo heute noch Manipulation, Unterdrückung Andersdenkender, Diffamierung, bewusste Fehlinformation und Lüge das Feld beherrschen, führt Demokratischer Sozialismus zu *uneingeschränkter freier Information und Kommunikation* über alle Fragen, die einer gesellschaftlichen Beantwortung bedürfen. Weil die Ursachen gegensätzlicher Interessen beseitigt sind, können die Bürger auf gleichberechtigter Grundlage offen über alle Probleme und Gestaltungsaufgaben diskutieren, sich das jeweils sachgemäße Urteil erarbeiten und dann auch erkenntnisgemäß handeln -sei es in den vielfältigen ökologischen Fragen, in Fragen der technologischen Entwicklung, hinsichtlich der Förderung und Hilfe für die Dritte Welt, in allen militärischen Angelegenheiten usw. usf.

Die Politik des Demokratischen Sozialismus hat aus dem entscheidenden Fehler des traditionellen Sozialismus, nur durch eine Ausweitung der staatlich-administrativen Kompetenzen könne man Missständen wirksam begegnen, gelernt. Sie hat gelernt, dass Verstaatlichungen immer nur zur Lähmung, zur Bürokratisierung und Zentralisierung des sozialen Lebens führen, niemals zu Verbesserungen und zur Lösung von Problemen.

Darum sieht der Demokratische Sozialismus seine zentrale Aufgabe darin, die elementaren Rechtsordnungen und Strukturen der Gesellschaft so einzurichten, dass die Menschen selbst an dem jeweiligen Platz, wo sie die Verantwortung tragen, das Richtige für das Wohl der Gemeinschaft erkennen und tun können. Darin liegt der Sinn von Selbstverwaltung als einem Grundprinzip des Demokratischen Sozialismus sowohl auf wirtschaftlichem wie auf kulturellem Felde.

Trotzdem müssen gerade Demokratische Sozialisten Verständnis aufbringen für die Skepsis, die nach allen geschichtlichen Erfahrungen mit sozialistischen Experimenten weit verbreitet ist. Um so mehr sind sie herausgefordert, unmissverständlich kundzutun, auf welchen Wegen sie ihre politischen Ziele durchsetzen wollen. Die allgemeine Antwort auf diese Frage lautet: Der Demokratische Sozialismus will die notwendigen Veränderungen dadurch bewirken, dass aufgrund freier und öffentlicher Diskussion und Urteilsbildung die Bevölkerung in allen grundlegenden Fragen durch direkte demokratische Entscheidungen bestimmt, was nach Ansicht der Mehrheit geschehen soll.

Das bedeutet konkret: Die erste und vorrangige Gesetzesinitiative, welche Demokratische Sozialisten im Parlament einbringen werden, richtet sich 1. auf die Einführung der Möglichkeit von *Volksbegehren und Volksentscheid* gegenüber allen Fragen, zu denen die Bürger eine entsprechende Initiative ergreifen wollen und 2. auf ein Gesetz, das die Medien verpflichtet, den Positionen, die bei einem Volksentscheid zur Abstimmung stehen, *gleichberechtigte Informations- und Darstellungsmöglichkeiten* einzuräumen.

Von dieser Basis her kann künftig in keinem Fall mehr über die Köpfe der Betroffenen hinweg Politik gemacht werden. Auch alle speziellen Ziele der Demokratischen Sozialisten sollen nur auf diesem Weg verfolgt und - wenn die Mehrheit zustimmt - verwirklicht werden.

4. Die politischen Grundforderungen des Demokratischen Sozialismus gegenüber den herausragenden Problemen unserer Zeit

Über die grundsätzlichen Perspektiven zum gesellschaftlichen Wandel, sind folgende Forderungen wesentliche Elemente einer Politik des Demokratischen Sozialismus im Übergang zu einer höheren Stufe der Entwicklung

4.1. Die nationale Frage: Aussteigen aus der Ost-West-Konfrontation

Die Konzeption des nationalen Einheitsstaates hat sich als eine dem deutschen Volk nicht gemäße Lebensform erwiesen. Diese Idee führte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einer falschen Weichenstellung. Sie hatte tragische Folgen: Größtes Unglück wurde durch den deutschen Nationalstaat in seiner extremsten Ausformung, dem Nationalsozialismus, über die Menschheit gebracht.

Die Zertrümmerung Mitteleuropas und die Spaltung unseres Kontinentes in zwei gegeneinander gerichtete Militärblöcke hat aber bis heute nicht zu der notwendigen Kurskorrektur und den erforderlichen politischen Konsequenzen geführt. Anstatt die Teilung Deutschlands als Aufforderung der Geschichte zu begreifen, darüber nachzudenken, wie eine ganz fundamentale Kurskorrektur zur Herbeiführung befriedigender Verhältnisse in Mitteleuropa aussehen müsste, hängt man noch immer dem [Alb-]Traum der Wiederherstellung eines deutschen Einheitsstaates nach. Zwar gibt man zu, für absehbare Zeit gebe es keinen Weg dahin - der ist ja in der Tat verbaut wegen der Einbin-

derung der beiden deutschen Staaten in den westlichen Block einerseits und den östlichen andererseits und an eine Überwindung dieser Blockkonfrontation ist bei Fortsetzung der bisherigen Politik ja auch wirklich nicht zu denken; dennoch hält man am Ziel der sog. »Wiedervereinigung« unablässig fest.

Die Politik des Demokratischen Sozialismus dagegen ist bereit, die Konsequenzen aus den Lehren der neueren deutschen Geschichte zu ziehen; sie hat die Konzeption eines einheitlichen Nationalstaates für Deutschland als Irrweg erkannt. Folglich ist eine »Wiedervereinigung« der beiden Staaten »auf deutschem Boden« kein anzustrebendes Ziel mehr.

Um so mehr aber müssen Vorschläge und Vorstellungen entwickelt werden, deren politische Umsetzung dazu führen kann, dass die Menschen in Mitteleuropa wie in allen europäischen Ländern und der Welt überhaupt in freien, demokratischen und sozial gerechten gesellschaftlichen Verhältnissen leben und untereinander unbehindert kommunizieren und verkehren können.

Unter solchen Bedingungen wäre es ohnehin viel gesünder, weil auf überschaubare Größenordnungen beschränkt, wenn sich auch im deutschen Kulturgebiet durch eine weitere Aufgliederung der beiden Staatsgebilde BRD und DDR *bürgernahe autonome Republiken* herausbilden würden, »soziale Plastiken« sozusagen, die auf das abstrakte Dach eines übergestülpten Einheitsstaates durchaus verzichten können. Ein solcher trüge immer wieder die Gefahr der Entartung in sich, wäre immer ein Keim des Unfriedens für Europa. Europa aber braucht den Frieden, den *Frieden in Freiheit*.

Wir können diesem Ziel am besten dadurch dienen, dass wir in der Bundesrepublik die Politik des Demokratischen Sozialismus, wie sie in diesen Thesen elementar beschrieben ist, einleiten. Dazu gehört auch der Schritt, *aus der NATO auszusteigen, alle atomaren Waffen aus unserem Land zu entfernen und schließlich alle Rüstung abzubauen* - anstatt immer neue und noch gefährlichere Waffensysteme zu dislozieren.

Selbstverständlich sind wir bei einer solchen Politik legitimiert, die DDR entschieden aufzufordern, ihrerseits diesen Weg zu beschreiten. Als Demokratische Sozialisten sind wir überzeugt, dass sich nicht nur die DDR, sondern auch andere Staaten in Ost und West diesem Beispiel nicht verweigern können und werden. Anlass für Angst vor der militärischen Macht der Sowjetunion besteht nur solange, solange auch wir in das militärische Kräfteverhältnis verwickelt sind.

Sehr wahrscheinlich würde sich zwischen den heute verfeindeten Staaten sehr schnell ein neues, offenes und kooperatives Klima entwickeln und sehr wahrscheinlich würden sich auch die innenpolitisch-gesellschaftlichen Gegebenheiten, die sich heute so verhärtet und unbeweglich darstellen, schon bald zu wandeln beginnen, wenn wir in der BRD über alle diese Perspektiven einer Politik des Demokratischen Sozialismus ernsthaft begännen, auch nur in aller Öffentlichkeit - in den Parlamenten in den Medien, in den Schulen und Universitäten, in den Fabriken, auf den Straßen und Plätzen - zu diskutieren. Wir würden dann auch an den Reaktionen der anderen erkennen können, ob wir auf dem richtigen Weg sind, *Mitteleuropa endlich als die Brücke zu verste-*

hen und zu bilden zwischen West und Ost: Späte Erfüllung des Erbes der besten humanistischen Traditionen unserer Geschichte.

4.2. Der Weg zur Überwindung des Nord-Süd-Gegensatzes

Neben dem Aussteigen aus der Ost-West-Konfrontation verfolgt die Politik des Demokratischen Sozialismus auch das Ziel, einen wirksamen Beitrag zur Überwindung der Kluft zwischen dem reichen Norden und dem bisher durch die Industrienationen zur Armut verdammtten Süden zu leisten. Die sog. »Entwicklungshilfe« muss völlig neu definiert werden. Ausgegangen werden muss davon, dass eine politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit nur in Frage kommen kann mit denjenigen Kräften in der Dritten Welt, die das Vertrauen ihrer Völker haben und von ihnen demokratisch gewählt sind. Eine Zusammenarbeit mit Diktaturen kann es nicht geben.

Entwicklungshilfe nach demokratisch-sozialistischem Verständnis kann nur bedeuten, wirksam dazu beizutragen, dass die Menschen überall so bald wie möglich in der Lage sind, das wirtschaftliche, politische und kulturelle Leben ihres Landes nach ihren Vorstellungen, Traditionen und Zukunftsvisionen selbstverantwortlich zu führen.

Wir müssen künftig in unseren Beziehungen mit der Dritten Welt auf jeglichen wirtschaftlichen Vorteil, wenn er nicht gleichermaßen ein Vorteil für die Dritte Welt ist, verzichten. Wir tragen auch die moralische Verantwortung, lange begangenes Unrecht so gut es geht wieder auszugleichen. Das heißt, wir müssen mit den Vertretern der Völker des Südens zusammentreten, anhören was ihrer Ansicht nach getan werden sollte und dann mit ihnen beraten, was wir - auch ohne Gegenleistungen - dazu beitragen können.

Unsere Bevölkerung muss durch umfassende Aufklärung an diesem Prozess so aktiv wie möglich beteiligt sein. Sie muss die wahren Verhältnisse der Not in der Dritten Welt kennen lernen. Sie muss erfahren, warum ehemals blühende Kulturen zerstört wurden, welche Kräfte und Entwicklungen dafür verantwortlich waren und was schließlich heute in unseren Möglichkeiten liegt, diese Misere zu beenden.

Würde diese große Aufgabe noch weiter auf die lange Bank geschoben oder verdrängt, müsste das begangene Unrecht schon in kurzer Zeit mit Wucht auf uns zurückschlagen, weil den Menschen in der Dritten Welt dann ja nichts anderes übrig bleibt, als gewaltsam das Joch abzuschütteln. Dies aber würde in nichts anderem enden können als in Völkermord und Ruin aller Zivilisation.

4.3. Der Weg zur Überwindung der ökologischen Krise

Eine dritte Ursache für die existentielle Bedrohung unserer Zukunft ist während des letzten Jahrzehnts allen, die den Kopf nicht in den Sand stecken, deutlich vor Augen getreten durch jene Phänomene, die wir mit dem Begriff der »ökologischen Krise« zusammenfassen. Zahlreiche Untersuchungen haben nachgewiesen, dass das expansive Industriesystem mittlerweile derart negative Auswirkungen auf die Lebensordnungen der Naturzusammenhänge hat, dass katastrophale und irreparable Zerstörungen der Biosphäre unmit-

telbar drohen, wenn wir nicht sofort große Anstrengungen unternehmen, den destruktiven Umgang mit unserer Umwelt zu stoppen.

Die Fehlentwicklung auf diesem Gebiet hat eigentlich zwei Quellen: Zum einen hat die bisherige Naturwissenschaft keine wirkliche und umfassende *Naturerkenntnis* gebracht. Sie hat sich fast ausschließlich im anorganischen Bereich bewegt, aber die praktischen Auswirkungen ihrer gewaltigen Errungenschaften in diesem Bereich trafen immer auch alles Lebendige und zerstörten fortschreitend dessen Daseinsbedingungen. Zum andern folgte man einem Wirtschaftsverständnis, für welches die Naturgrundlagen nur willen- und wesenloses Objekt menschlicher Verfügungsgewalt waren, freigegeben der bedenkenlosen Willkür und Plünderung auf der Jagd nach immer höherem materiellem Wohlstand. Dass aber das Leben selbst der entscheidende Faktor unserer Lebensqualität ist, dämmerte erst, als immer mehr Lebensräume und -arten unübersehbare Zeichen des Niederganges, schlimmer Schädigungen und oft schon des Ab- und Aussterbens zeigten.

Aus dem Bewusstsein dieser Tatsachen ist die Politik des Demokratischen Sozialismus insofern ökologisch orientiert, als einerseits große Anstrengungen in den Bereichen der Forschung, der Schulen und der Erwachsenenbildung gemacht werden müssen, unsere *Einsichten in die differenzierte Wirklichkeit alles Lebendigen* auf dieser Erde und seiner kosmischen Bezüge zu vertiefen, zu erweitern und zu verbreiten. Denn ohne Erkenntnis des Wesens der ökologischen Zusammenhänge und ihrer vielfältigen Erscheinungsformen im Wasser, auf dem Lande und in der Luft, im Pflanzenreich, im Tierreich und beim Menschen sowie in den Beziehungen des Lebendigen zur Welt des Mineralischen und zum Kosmischen werden wir auch künftig nicht naturgerecht handeln können - wie wohlklingend und aktuell sich »ökologische Programmpunkte« politischer Parteien auch immer anhören mögen.

Andererseits müssen wir künftig in unserem Wirtschaftsgebaren so weit wie möglich alles unterlassen, was Lebensgesetzen ins Gesicht schlägt. Das bedeutet auf jeden Fall die *Beendigung des wirtschaftlichen Einsatzes der Atomtechnologie* - vorausgesetzt, dies sei überhaupt einmal möglich - sobald Verfahrensweisen gefunden sind, die keine unkontrollierbaren lebensgefährlichen Auswirkungen mehr haben. Es bedeutet weiterhin die systematische Überprüfung des gesamten Bereichs der chemischen Produktion und die Einstellung des Vertriebs schädlicher Stoffe. Gleiches muss gelten für die pharmazeutische Industrie, für die gesamte Medizin und insbesondere auch für den Bereich der Nahrungsmittel. Hier gilt es in erster Linie, entschieden die Umstellung der konventionellen Bodenbewirtschaftung und die großzügige Förderung der biologischdynamischen und biologisch-organischen Landbaumethoden zu betreiben. Die Investitionskapazitäten der Wirtschaft müssen vorrangig auf die Entwicklung und Bereitstellung gesundheits- und umweltfreundlicher Technologien gelenkt werden.

Die Politik des Demokratischen Sozialismus möchte diese ökologische Orientierung der gesellschaftlichen Entwicklung nicht durch staatlich-administrative Maßnahmen bewirken (s. o. These 2.2.) ganz abgesehen davon, dass dies niemals zum Erfolg führen könnte, weil Einsicht und sachgemäßes Handeln sich weder durch Gebote noch durch Verbote und Verordnungen herbei-

führen lassen. Wie alles andere kann auch die *ökologische Wende* nur dadurch erreicht werden, dass das Wirtschaftsleben in einen grundlegend neuen rechtlichen Rahmen hineingestellt, in der Geldordnung selbstherrliche Verfügungs- und Entscheidungsmacht gelöscht und das Geistesleben befreit wird von jeglicher Art staatlicher Gängelung.

Nur auf diese Weise - nämlich in Freiheit - können die heute noch fehlenden aber notwendigen Einsichten gewonnen und selbstverantwortliche Taten vollbracht werden. Würden wir hingegen festhalten an den heutigen Bindungen und Abhängigkeiten der Wissenschaft, der Bildung und Information - seien sie privatwirtschaftlichen oder staatsbürokratischen Ursprungs -, und würden wir die Wirtschaftspraxis nicht grundlegend ändern, d. h. Abschied nehmen von der Illusion ständigen Wachstums und ausschalten die Triebkräfte, Strukturen und Mechanismen, die dem Kapital das Wachstum aufzwingen [Zins, Rendite, Konkurrenz, Eigentum, Lohnspirale], wären ökologische Katastrophen gewaltigen Ausmaßes unvermeidlich [tote Flüsse, Seen und Meere, Trinkwassernot, Sauerstoffverknappung, Sterben der Wälder, Unfruchtbarkeit der Böden usw.]. Es ist höchste Zeit zu handeln und eine radikale, auf die Wurzel des Übels gerichtete Therapie einzuleiten.

4.4. Der Weg zur Überwindung der Arbeitslosigkeit

Das erreichte Ausmaß der Arbeitslosigkeit wird als das derzeit schwierigste innenpolitische Problem betrachtet. Die etablierten Parteien sind ratlos. Alle alten Rezepte zur Bekämpfung dieses Phänomens mit systemimmanenten Methoden haben versagt und werden auch künftig versagen. In alternativen Parteien, z.B. bei den Grünen, meint man, technische Entwicklungen müssten zugunsten »arbeitsintensiver« Produktionsweisen gebremst werden. Doch dies ist sicher nicht die Lösung des Problems.

Zunächst muss in aller Klarheit erkannt und gesagt werden, dass Arbeitslosigkeit überhaupt nur auftreten kann, wenn der Schritt von der privatkapitalistischen und damit auch rein betriebsautonomen Lenkung der Arbeitskräfteströme zu neuen Formen der gesamt- oder gemeinwirtschaftlichen Gestaltung nicht vollzogen wird, obwohl die reale Entwicklung der Produktivkräfte dies längst verlangt.

Solange eine entsprechende Marktexpansion möglich war, herrschte Vollbeschäftigung oder sogar Arbeitskräftemangel trotz wissenschaftlich-technischen Fortschritts, trotz Rationalisierungen, trotz enormen Produktivitätszuwachses. Wenn jedoch der Markt gesättigt ist, stehen wir objektiv an den Grenzen des Wachstums. Dann müssen Innovationen - vor allem wenn sie derart revolutionären Charakter haben wie derzeit die Ausbreitung der Mikroelektronik - in den sozial zurückgebliebenen privatkapitalistischen Organisations- und Rechtsformen unserer Wirtschaft [Produktionsverhältnisse] zwangsläufig zum Wegfall von Arbeitsplätzen führen.

Verbunden damit tritt gleichzeitig auf einem anderen Gebiet zwangsläufig etwas in Erscheinung, was ebenso entwicklungsbedingt generell schon längst vollzogen sein müsste: Der Bezug des Einkommens aller Arbeitslosen, das heute von keiner Seite mehr prinzipiell in Frage gestellt wird, wird abgekoppelt von der Arbeitsleistung.

Nun muss aber gerade zu diesem Punkt in aller Klarheit festgestellt werden, dass es keinerlei objektiven Grund dafür gibt, das Einkommen der Arbeitslosen gegenüber dem Einkommen, das sie zuvor in Verbindung mit einem Arbeitsplatz erhalten haben, zu mindern. Denn das volkswirtschaftliche Gesamtprodukt wird ja nicht geringer; alle Arbeitslosen könnten wie bisher versorgt werden. Es wäre sogar möglich, bei Aufrechterhaltung des derzeitigen Lebensstandards *die Arbeitszeit deutlich zu reduzieren*, wenn rein bedarfsorientiert, ohne systembedingte Vergeudungs- und Verschleißraten produziert und gearbeitet würde. Die jetzt auftretende Massenarbeitslosigkeit stellt uns vor die Aufgabe, auch von dieser Seite her die Grundfaktoren und -Vorgänge unseres modernen Wirtschaftslebens neu zu überdenken und die Festungen alter Denkgewohnheiten zu verlassen.

Die wirklichen Fragen, die wir beantworten müssen, sind die folgenden: Was ist eigentlich in gegenwärtiger Zeit der Sinn menschlicher Arbeit? Wieviel Arbeit muss geleistet werden zur Deckung des Bedarfs aller? Hat es irgendeinen vernünftigen Sinn und ist es sozial vertretbar, für Millionen von Menschen keine Arbeitsplätze bereitzustellen? Wie würden die Menschen bei deutlich kürzerer Arbeitszeit ihre Freizeit verbringen? Wenn Millionen Arbeitslose und viele Millionen Rentner oder nicht im »bezahlten« Berufsleben stehende bzw. noch nicht berufstätige junge Menschen heute schon mit einem ausreichenden Einkommen versorgt werden, obwohl sie ja keine Leistungen für das Sozialprodukt erbringen: Warum wird dann auf die Minderheit (!) an den Arbeitsplätzen noch immer dieser erniedrigende Zwang ausgeübt, ihre Einkommen an eine »entsprechende Gegenleistung« zu binden?

Wieviel Unsinniges, Unnützes, Schädliches und sogar Tödliches müssen diese Tätigen in Folge dieser Bindung nur deshalb ausführen, weil die allermeisten noch immer auf die schwachsinnige »Logik« hereinfließen, dass man das Fell des Bären erst verteilen könne, wenn er erlegt sei - mit anderen Worten, dass ja die Tätigen nicht auch noch »Einkommen ohne Leistung« beziehen können, weil dann ja »alle Räder still stünden« und nichts mehr zu verteilen wäre!

Das sind die Fragen, um die es geht. Natürlich versteht es sich von selbst, dass gearbeitet werden muss: »Das Produkt muss erarbeitet werden, bevor es verteilt werden kann. Von nichts kommt nichts, auch bei automatischer Produktion nicht« [J. Huber, a. a. O., S. 178]. Aber es darf künftig nicht mehr unter Leistungsdruck und -zwang gearbeitet werden; die Leistungsfähigen müssen arbeiten können aus individueller und freier Einsicht in die Notwendigkeit der Sache. Und wenn dann die notwendigen Pflichten auf alle einigermaßen gerecht verteilt werden, dann müssen alle sehr viel weniger lange im Berufsleben stehen als heute. Das ist der Punkt, um den es geht: Es verträgt sich einfach nicht mit der Menschenwürde, dass auf die Tätigen durch ein an Leistung gekoppeltes Einkommenssystem ein durch nichts zu rechtfertigender Zwang ausgeübt wird, ein Zwang, der zu kolossalen Schäden und Fehlentwicklungen im sozialen Leben führen muss.

Gegenüber dem *Entkoppeln von Arbeit und Einkommen* taucht ja immer wieder die »Angst vor den Faulenzern« auf: »Wer umsonst genug bekommt, wird sich nicht mehr anstrengen.« [J. Huber, a. a. O., S. 177], so wird argumentiert. Aber wie sieht es in Wirklichkeit aus?

Heute zählt nur noch ca. ein Drittel der Bevölkerung zu den sog. »Erwerbstätigen«, zwei Drittel der Einkommen werden also von einem Drittel mit erwirtschaftet. Echte Faulenzer unter den Nichterwerbstätigen findet man sicher nicht mehr als unter den Erwerbstätigen. Sie fallen nicht sonderlich ins Gewicht und werden einfach »mitgezogen«. Die Millionen Nichterwerbstätigen, die gesund und bei Kräften sind, tragen ja zum Niveau des Lebensstandards und der Lebensqualität durch ihre nicht auf Erwerb ausgerichtete Mitarbeit insbesondere in den hauswirtschaftlichen Zusammenhängen [sog. Eigenarbeit] unendlich vieles bei; sie erbringen ihre Leistungen rein aus ihrer Identifikation mit dem Sinn ihres Tuns.

Die gleiche Grundeinstellung zur Arbeit wird sich auch an den Arbeitsstätten entwickeln, wenn dort nur Sinnvolles verlangt wird. Wenn also die Politik des Demokratischen Sozialismus eine Neuregelung des Verhältnisses von Einkommen und Leistung fordert, dann werden die Menschen dies verstehen und keineswegs in die allgemeine Faulenzerei verfallen, weil sie dann nämlich diese große Erweiterung der Freiheit und den neuen Sinn der Arbeit, nur Menschendienliches zu vollbringen, wieder verlieren würden.

Die heutige Arbeitslosigkeit kann auch niemals ein sachlicher Grund dafür sein, technische Erneuerungen oder gar eine technische Revolution zu verhindern, damit eben wie bisher alle ihren Arbeitsplatz behalten können. Änderungen der Produktionsverfahren dürfen nur daran gemessen werden, ob sie menschenfreundlich und naturschonend im weitesten Sinn sind. Sind sie das, können sie eingesetzt werden, wenn die Menschen es wollen. Eine Quelle von Arbeitslosigkeit können sie - recht verstanden - nie sein, nur ein Grund für *Arbeitsersparnis* zugunsten der ganzen Gemeinschaft.

4.5. Der Weg zur Überwindung der geistig-kulturellen Krise

Wer heute Kritik übt an den bestehenden Verhältnissen, sollte in seine Kritik auch unsere Schulen, Universitäten und Medien einbeziehen. Denn durch diese Institutionen wird das geistige und moralische Klima im Lande maßgeblich geprägt. Wie sich die Menschen zueinander und wie sie sich gegenüber der Natur verhalten, welche Interessen sie entwickeln, wie engstirnig oder weitblickend sie der Wirklichkeit begegnen, wie gleichgültig oder engagiert sie teilnehmen am öffentlichen Leben usw: all dies entscheidet sich wesentlich durch dasjenige, was Schulen, Universitäten und Medien den Menschen vermitteln.

Wenn wir heute zurecht viele Fehlentwicklungen beklagen, dürfen wir nicht vergessen, dass alle diese von Menschen hervorgerufen, mitgemacht und bisher noch nicht hinreichend und entschieden genug bekämpft werden, von Menschen, die ihre wesentlichen Orientierungen als Kinder und Jugendliche im jahrelangen schulischen Unterricht, dann vielleicht zusätzlich durch ein wissenschaftliches Studium und immer stärker durch die Massenpresse, durch Radio und Fernsehen empfangen. So kommt in der heutigen Zivilisationskrise letztlich nur dasjenige zum Ausdruck, was den Menschen seit Jahrzehnten durch diese Institutionen vermittelt worden ist.

Dabei konnte auf Dauer überhaupt nichts anderes herauskommen, als eben diese Krise. Denn auch bei uns konnten das Bildungswesen, die Wissenschaft

und das Informationswesen nicht unabhängig und auf sich selbst gestellt erziehen, forschen und aufklären, orientiert an der Frage, was der geistig-seelischen und sittlichen Entwicklung des Menschen dient und was seine inneren und äußeren Bedürfnisse sind. Gerade diese drei Gebiete des Geisteslebens der Gesellschaft waren und sind völlig ausgeliefert und gefesselt von den Kräften und Interessen, welche Staat und Wirtschaft beherrschen. Diese Kräfte und Interessen bestimmen durch administrativen Dirigismus und finanzielle Macht, was gelehrt, in welcher Richtung studiert und geforscht und was öffentlich verbreitet bzw. unterdrückt wird.

Unmöglich ist es, aus der Sackgasse, in der wir stecken, herauszukommen, wenn diese Versklavung wesentlicher Bereiche des kulturellen Lebens nicht beendet wird. Die Politik des Demokratischen Sozialismus setzt sich hier für einen fundamentalen Wandel der Verhältnisse ein, für eine kopernikanische Wende.

Es sollen künftig nicht mehr der Staat oder die Wirtschaft sagen und bestimmen, wie sie die Menschen brauchen, sondern Staat und Wirtschaft sollen sich gemäß den Ergebnissen der Arbeit autonomer Schulen und Universitäten einrichten:

»Nicht gefragt soll werden: Was braucht der Mensch zu wissen und zu können für die soziale Ordnung, die besteht; sondern: Was ist im Menschen veranlagt und was kann in ihm entwickelt werden? Dann wird es möglich sein, der sozialen Ordnung immer neue Kräfte aus der heranwachsenden Generation zuzuführen. Dann wird in dieser Ordnung immer das Leben, was die in sie eintretenden Vollmensen aus ihr machen; nicht aber wird aus der heranwachsenden Generation das gemacht werden, was die bestehende soziale Organisation aus ihr machen will... Das Staats- und Wirtschaftsleben sollen die von dem selbständigen Geistesleben herangebildeten Menschen empfangen; nicht aber sollen sie, nach ihren Bedürfnissen, deren Bildungsgang vorschreiben können. Was ein Mensch in einem bestimmten Lebensalter wissen und können soll, das muss sich aus der Menschennatur heraus ergeben. Staat und Wirtschaft werden sich so gestalten müssen, dass sie den Forderungen der Menschennatur entsprechen« [R. Steiner].

Nur auf diese Weise werden sich auch wieder tragfähige Brücken schlagen lassen zwischen den Generationen. Die heutige Jugend - wie wird sie vergewaltigt von den »Sachzwängen« des Bestehenden! Wie verständnislos stehen viele noch immer den ohnmächtigen Versuchen dieser Jugend, auszubrechen gegenüber! Und wie viele werden in Resignation und Verzweiflung getrieben, weil sie keine Hoffnung mehr haben, dem Zugriff der seelenverödenden Routine der herrschenden Verhältnisse zu entkommen. Das Herkömmliche überformt das Zukünftige und erstickt seine Keime.

Und wie formiert und verengt ist das Denken heutiger Wissenschaft! Was sich nicht kommerziell verwerten lässt oder anpassen will an die Normen und Konventionen der bestehenden Ordnung, kann wenig wirksam werden, hat kaum eine Chance zu überleben, gerät schnell ins Abseits. Was hat diese Wissenschaft in den letzten Jahrzehnten beigetragen zur Bewältigung der ökologischen, ökonomischen, sozialen und politischen Probleme unserer Zeit? - Nichts. Sie hat im Gegenteil alle diese Probleme wesentlich mit verursacht.

Neue Ideen für alternative Entwicklungen kamen nicht aus dem offiziellen Wissenschaftsgetriebe, sie kamen fast ausnahmslos von Außenseitern, die meist nur über bescheidene Mittel verfügten, während der etablierte Apparat gigantische Summen verschlingt.

Dasselbe muss über die *Massenmedien* gesagt werden. Sie »sind heute das wichtigste Herrschaftsinstrument, das Hauptinstrument der Unterdrückungsmaschinerie«, schreibt der französische Philosoph *Roger Garaudy*. Mit gewaltigem Kapitaleinsatz erwecken sie durch eine Flut von Informationen den Eindruck, ein differenziertes Bild vielfältigster Wirklichkeitszusammenhänge zu vermitteln. Aber was ist die Wahrheit?

Noch niemals zuvor in der Geschichte stimmte so sehr, was *Karl Marx* in den Satz kleidete, dass die Gedanken der herrschenden Klasse die herrschenden Gedanken der Epoche seien, weil »die Klasse, die die Mittel zur materiellen Produktion zu ihrer Verfügung hat, damit zugleich über die Mittel zur geistigen Produktion disponiert, so dass ihr damit zugleich im Durchschnitt die Gedanken derer, denen die Mittel zur geistigen Produktion abgehen, unterworfen sind« [*K. Marx*].

Bei allem vordergründigen Pluralismus, der für unser Medienwesen charakteristisch ist, durchschauen die meisten noch nicht die Einheitlichkeit der Grundtendenz nahezu aller mit Massenwirkung - und das heißt mit hohem Kapitaleinsatz - verbreiteten Informationen. Der Raum für alternative Ideen und Erklärungen der Realität ist zwar - im Unterschied zur [früheren] Situation im Osten - nicht völlig blockiert, aber doch ganz erheblich eingeschränkt und an den Rand gedrängt. Aus all diesen Gründen war es bisher so ungewein schwer, eine *wirksame* öffentliche Aufklärung über die Notwendigkeit einer fundamentalen Neuorientierung der Politik und der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung zu betreiben - ganz zu schweigen von den Schwierigkeiten einer politisch-organisatorischen Mobilisierung und Konzentration der Kräfte, welche die Dringlichkeit des Wandels erkannt haben.

Zu diesen Verhältnissen steht die Politik des Demokratischen Sozialismus wieder in radikaler Opposition. Sie verlangt und will durchsetzen, dass »die Mittel zur geistigen Produktion« - sei dies im Bereich des Schul- und Hochschulwesens, der Wissenschaft, der Medien oder anderer Zweige des kulturellen Lebens - ausschließlich den Produzenten selbst in die Hand gegeben werden durch *Autonomisierung und Selbstverwaltung aller Arbeitsstätten des geistigen Produktionsfeldes*.

Nichts ist für die Gesellschaft so wichtig wie die *Freisetzung der Kreativität der Menschen*. Sie ist das Lebensblut des Sozialen. Wo sie gefesselt oder kanalisiert wird, wo sie sich nicht frei entfalten kann im selbstverantwortlichen Handeln der Tätigen gerade auch im kulturellen Bereich, werden dem sozialen Organismus die Kräfte entzogen, von denen er letztlich einzig und allein lebt. Die Missachtung dieses Axioms ist der Kardinalfehler des etatistischen, des sog. real-existierenden Sozialismus. Deshalb heißt die Maxime des *Demokratischen Sozialismus* gerade in dieser Hinsicht: Die Produktionsstätten den Produzenten! Freiheit und Selbstverwaltung für Schulen, Universitäten und Medien!